

Ute Kumpf, MdB
AG Bürgerschaftliches Engagement der SPD-Bundestagsfraktion

Route 66 –
auf dem Weg zu einer neuen Kultur des Alters

I. Für eine neue Kultur und Politik des Alters

Ein langes, erfülltes und gesundes Leben zu führen ist ein Menschheitstraum. Die zunehmende Lebenserwartung ist eine erfreuliche Entwicklung: im Zeitraum von 1960/62 bis 1998/2000 ist sie bei Frauen von 72,4 Jahre auf 80,8 Jahren und bei Männern von 66,9 Jahren auf 74,8 Jahren gestiegen und sie steigt weiter. Im Jahre 2050 werden Männer im Durchschnitt 82,1 und Frauen 89,8 Jahre alt.

Eine Gesellschaft des langen Lebens stellt unsere Gesellschaft vor neue Herausforderungen: Alter ist vielfältig, die Lebenslagen Älterer müssen differenzierter wahrgenommen werden und immer mehr Menschen jenseits der Erwerbsarbeit wollen Teilhabe und sinnvolle Mitwirkungsmöglichkeiten in der Gesellschaft finden.

Notwendig ist, ein realistisches Bild des Alters zu vermitteln. Ältere Menschen unterscheiden sich und alt sein ist nicht zwangsläufig gleichbedeutend mit Gebrechen und Hilfsbedürftigkeit. 80 Prozent der Menschen im Alter von 70 und älter sind zu einer weitestgehend selbstständigen Lebensführung in der Lage. Ältere Menschen wollen sich auf vielfältige Weise engagieren und an der Gesellschaft teilhaben.

Wir brauchen eine neue „Alterskultur“ und ein neues Leitbild des Alters.

Wir als SPD haben das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) durchgesetzt und der gesetzliche Diskriminierungsschutz erstreckt sich auch auf das Merkmal Alter.

Wir als SPD setzen uns ein, den demografischen Wandel aktiv zu gestalten, d.h. insbesondere

- Konzepte für den Gesundheitsschutz und Pflege älterer Menschen weiter zu entwickeln,
- Ältere vor Diskriminierung und Gewalt zu schützen,
- für altersgerechtes Bauen und Wohnen und die Verbesserung des Wohnumfeldes und der öffentlichen Infrastruktur zu sorgen,
- den uneingeschränkten Zugang zu Bildung und Kultur zu ermöglichen,
- die Bedeutung der Älteren als Verbraucher zu erkennen, und vor allem
- eine neue „Alterskultur“ und ein neues Leitbild des Alters zu entwickeln und die produktiven Potentiale älterer Menschen außerhalb des Arbeitsmarktes, aber in der Mitte der Gesellschaft zu erschließen und ihnen die Teilhabe in der Gesellschaft zu ermöglichen.

2. Generationensolidarität ausbauen und den Zusammenhalt der Gesellschaft stärken

Menschen jenseits der 65 Jahre stehen heute noch lange nicht am Ende ihres aktiven Lebens, sondern sie treten in eine Lebensphase mit neuen Freiheiten ein. Diese Zeit der „gewonnenen Jahre“ gilt es für sie selbst und für die Gesellschaft zu nutzen.

Eine Gesellschaft des längeren Lebens eröffnet neue Chancen für die Solidarität zwischen den Generationen. Der traditionelle Generationenvertrag wurde bislang in der öffentlichen Darstellung zu einseitig als öffentliche Transferleistung an die Älteren verstanden.

Leistungen und Gegenleistungen der Generationen untereinander blieben bislang unberücksichtigt – von der Enkelkindbetreuung bis zur Altenpflege. Viele Anzeichen sprechen dafür, dass mit der gelebten Solidarität zwischen den Generationen eine neue Ära der Verantwortung beginnt. Dies bedeutet, dass private Transfers vornehmlich von den älteren Generationen zu den jüngeren fließen, also in umgekehrter Richtung der öffentlichen Leistungen.

Wir als SPD setzen uns dafür ein, dass die Potenziale des Alters innerhalb von Familien und privaten Netzwerken durch geeignete Rahmenbedingungen und Maßnahmen erhalten und stabilisiert werden, und da, wo familiäre Unterstützung fehlt, neue Netzwerke zu entwickeln, d.h.

- die Beratungs-, Qualifizierungs- und Unterstützungsangebote für die Familien und pflegende Angehörige auszubauen,
- mehr Männer für die Arbeit in der Familie zu gewinnen und für die Pflege zu qualifizieren,
- das Erfahrungswissen Älterer für Jüngere durch Programme zu erschließen und weiterzuentwickeln, wie z.B. das bundesweite Modellprogramm „Wunschgroßeltern“ mit dem Ziel, bessere Unterstützungsangebote für Alleinerziehende anzubieten und gleichzeitig der Vereinsamung Älterer entgegenzuwirken.

3. Wirtschaft, Infrastruktur und Mobilität für Ältere

Ältere Menschen brauchen Unterstützungsnetzwerke zur selbständigen Gestaltung ihres Alltags. Sie brauchen die Möglichkeit des Zugangs zu öffentlichen Einrichtungen, Geschäften und allem, was der Alltag verlangt. Konsumrelevante Bedürfnisse und Interessen der Älteren sind noch systematischer zu untersuchen und transparent zu machen. Politik, Wirtschaft und Verbände sind aufgerufen, die Seniorenwirtschaft insbesondere auch auf lokaler Ebene zu fördern.

Wir als SPD wollen Konzepte entwickeln und erproben, wie Altern auch im ländlichen Raum selbständig möglich ist. Wir wollen Infrastrukturen schaffen, die auch bei altern-

der Bevölkerung und geringerer Bevölkerungsdichte gute Lebensqualität ermöglichen. Dazu gehört

- einen „Demografiecheck“ für staatliche Investitionen auf Bundesebene und einen Orientierungsrahmen für „Demografiechecks“ auf Landes- und kommunaler Ebene einzuführen, um Finanzierungsentscheidungen auf veränderte Altersstrukturen und Bedarfe anzupassen.
- die zielgruppenorientierte Aufklärung und Beratung für ältere Verbraucherinnen und Verbraucher durch einen verbesserten Verbraucherschutz, wie z.B. das Internet-Portal „Senioren-Kompass“ der Verbraucherzentralen; oder die „Pflegehotline“.
- die Förderung der Mobilität Älterer durch altersgerechte Angebote im öffentlichen Personenverkehr wie auch die Entwicklung von Seh- und Reaktionstests mit Zertifikat sowie Schulungsangebote zum möglichst langen Erhalt der KfZ-Steuerfähigkeit.

4. Selbstbestimmung im Alter sichern

Die meisten Menschen wollen möglichst zu Hause alt werden und ihre Eigenständigkeit und Selbstbestimmung so lange wie möglich erhalten. Dies erfordert neue altersgerechte Wohnstrukturen einschließlich der Sicherstellung geeigneter Hilfs- und Betreuungsangebote, Infrastruktureinrichtungen und Kommunikationsmöglichkeiten zur sozialen Integration.

Es gilt, die medizinische und pflegerische Versorgung, aber auch darüber hinausgehende Betreuung, im Sinne eines ganzheitlichen Betreuungsansatzes, noch besser auf die Bedürfnisse und Wünsche unterstützungsbedürftiger Menschen und ihrer Angehörigen auszurichten. Dazu ist Ausbau und die Förderung häuslicher und wohnortnaher Versorgungsstrukturen nach dem Grundsatz "ambulant vor stationär" notwendig.

Eine zentrale Verbesserung durch die Pflegereform ist die Schaffung von wohnortnahen Anlaufstellen, den Pflegestützpunkten. Mit den Pflegestützpunkten wird die Pflegeberatung dorthin gebracht, wo die Menschen wohnen – in die Wohnbezirke. Durch Fallmanager wird eine bessere Beratung und Steuerung der Angebote sichergestellt, somit wird den Menschen geholfen, sich schnell über die Strukturen und Angebote zu informieren und sich bei Pflegebedarf zurecht zu finden. Mit den Pflegestützpunkten besteht die Möglichkeit wirksame Hilfenetze mit integrierten Konzepten zu knüpfen und dabei sowohl professionelle als auch niedrigschwellige Angebote und bürgerschaftliches Engagement einzubeziehen

Wir als SPD werden

- die Länder dabei unterstützen, neue Wohnformen für Ältere, z.B. gemeinschaftliches Wohnen zu entwickeln, zu erproben und geeignete Qualitätssicherungsmaßnahmen zu entwickeln.

- die weitere Angleichung der Leistungen der sozialen Pflegeversicherung für stationäre und ambulante Leistungen umsetzen, damit stationäre Pflege nicht mehr höher bezahlt wird als ambulante Pflege.
- das „Persönliche Budget“ als selbstbestimmten Weg zur Finanzierung eines individuellen Pflegemixes weiter entwickeln.
- Länder und Kommunen beim Aufbau der Pflegestützpunkte unterstützen und besonders die Entwicklung von reinen Beratungsleistungen hin zu einem umfassenden Fallmanagement vorantreiben.
- die Pflegeversicherung schrittweise zu einer Bürgerversicherung entwickeln, bei der es keinen Unterschied zwischen den Leistungen der Pflegekassen für gesetzlich und privat Versicherte mehr gibt. Derzeit sind die beträchtlichen Unterschiede auf der Einnahmeseite nicht vermittelbar. Würden alle 1,95 Prozent von ihrem Einkommen zahlen, könnte der jetzige Leistungsumfang einschließlich der vorgesehenen Dynamisierungen bis weit in das Jahr 2030 finanziert werden.
- die Altenhilfeplanung durch Ergänzung der gesetzlichen Grundlagen im SGB XII weiter qualifizieren und zu einem mittel- und langfristig wirkenden Werkzeug unter Zusammenführung aller Akteure vor Ort entwickeln.

5. Engagement und Teilhabe Älterer in der Gesellschaft

Bürgerschaftliches Engagement und die politische Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger ist für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft unverzichtbar. Ältere Menschen übernehmen in erheblichem Umfang unentgeltlich freiwillige, gemeinwohlorientierte Tätigkeiten. Ältere Menschen engagieren sich gegenwärtig vor allem in den traditionellen Ehrenamtsfeldern Sport, Kirche und soziale Organisationen. Es gibt aber auch eine Reihe von „Pionieren“ die sich mit zentralen Zukunftsthemen wie z.B. „Wohnen im Alter“, „generationsübergreifendes Engagement“, „Umwelt- und Denkmalschutz“ oder in Freiwilligendiensten neue zukunftsweisende Engagementformen erproben und entwickeln.

Ältere sind keine demografische Katastrophe, Ältere wollen die Chancen des längeren Lebens für sich und für die Gesellschaft nutzen, sich aktiv in die Gesellschaft einbringen, sind zu jung, um „zum alten Eisen zu zählen“: sie wollen gestaltend tätig werden. Ältere Menschen sind keine Hilfeempfänger, die von der Gesellschaft integriert werden müssen: sie haben genug eigene Ideen und Potentiale. Um diese einzubringen müssen sie aber auch Möglichkeiten zum Mitgestalten und Mitentscheiden erhalten.

Ältere Menschen stehen noch lange nicht am Ende ihres aktiven Lebens, sondern treten in eine Lebensphase mit neuen Freiheiten ein. Eine Gesellschaft des langen Lebens ist daher eine Gesellschaft, in der immer mehr Menschen jenseits der Erwerbsarbeit sinnvolle Mitwirkungsmöglichkeiten suchen. Ältere Menschen verfügen über Res-

sources, die andere nicht haben: Kompetenzen, Weitblick; Zeit; Erfahrungswissen. Unsere Gesellschaft kann es sich nicht leisten, diese Potentiale brach liegen zu lassen. Die Potentiale des längeren Lebens müssen genutzt werden.

Ältere Menschen können bereits auf einen größeren Teil ihres Lebens zurückblicken, dass sie geprägt und in ihrer Individualität geformt hat. Engagementmöglichkeiten für ältere Menschen müssen daher in hohem Maße Gestaltungsmöglichkeiten anbieten. Ältere Menschen verfolgen mehrere Ansprüche mit ihrem Engagement. Gleichzeitig aber auch andere, als jüngere Menschen. Das eigene berufliche Weiterkommen durch ein Engagement zu befördern hat für sie keine Bedeutung.

Für ältere Menschen zählen selbstlose und selbstbezogene Aspekte gleichermaßen. Sie wollen andere Menschen kennen lernen und mit Ihnen Spaß haben, aber auch ihre Erfahrungen und Fähigkeiten an andere weiter geben. Ältere Menschen bauen damit Brücken in der Gesellschaft.

Kurz: Wir brauchen die Älteren mit ihrem Engagement auf dem Weg zu einer solidari-schen Bürgergesellschaft.

Wir als SPD setzen uns dafür ein

- eine Kultur des bürgerschaftlichen Engagements zu fördern durch Verbesserung der Rahmenbedingungen und den Ausbau einer Anerkennungskultur.
- die Instrumentalisierung des Engagements zu verhindern und die sozialen Voraussetzungen für das Engagement zu schaffen. Bürgerschaftliches Engagement kann nicht verordnet werden und darf nicht zum Lückenbüßer missbraucht werden
- die Infrastruktur für das Engagement Älterer wie z.B. Seniorenbüros, Freiwilligenagenturen oder Ehrenamtsbörsen, auszubauen und zu verstetigen.
- die generationsübergreifenden Freiwilligendienste auszubauen und zu verstetigen und die sozialen Ungleichheiten des Engagements abzubauen.
- die Selbsthilfepotentiale zu stärken und vor allem das soziale Engagement wie Solidaritätspotenzial der Migrantinnen und Migranten erschließen und fördern
- die kommunale Bürgerbeteiligung stärker auszubauen.

Stand: 25.11.2008